

Inserate  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
bei ungenügender, ferner  
den Annoncen-Expeditionen  
H. Mosse,  
Hanssenstein & Vogler A.-G.,  
G. F. Naube & Co.,  
Javalidendank.

Verantwortlicher Redakteur:  
A. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde  
von 9-11 Uhr Vorm.

Mittag-Ausgabe.

# Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
bei ungenügender, ferner  
den Annoncen-Expeditionen  
H. Mosse,  
Hanssenstein & Vogler A.-G.,  
G. F. Naube & Co.,  
Javalidendank.  
Verantwortlich für den Inseraten-  
theil:  
W. Braun in Posen.  
Fernsprech-Anschluss Nr. 100.

Nr. 862

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,  
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,  
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, für ganz  
Deutschland 5.45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgaben-  
stellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 10. Dezember.

Inserate, die schlagzeilige Zeitzeile oder deren Raum  
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite  
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bezugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1895

## Deutscher Reichstag.

3. Sitzung vom 9. Dezember, 2 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinstimmung gestattet.)

Am Bundesrathssitz Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Graf  
Posadowsky, Dr. v. Bötticher, Febr. v. Marschall, Dr. Miquel,  
Gallmann und andere. — Das Haus ist schwach besetzt.  
Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Anträge betr. Ein-  
stellung der gegen die Abgeordneten Stadthagen,  
Viehnacht, Hirschel, Fischer, Möller (Waldenburg)  
schwebenden Strafverfahren. Diese Anträge werden  
sonst einstimmig ohne Debatte angenommen, nur gegen die Ein-  
stellung des gegen den Abgeordneten Viehnacht wegen Majestäts-  
beleidigung schwebenden Strafverfahrens stimmen die Konser-  
vativen.

### Es folgt die erste Lesung des Etats.

Schatzsekretär Graf Posadowsky: Aus der Thatfache, daß im  
Rechnungsjahr 1894/95 die Einzelstaaten an das Reich nur eine  
Barzahlung von 2 1/2 Millionen geleistet haben und dem Reich  
durch seine eigene Wirtschaft ein Ueberschuß von 7 Millionen zu-  
gewachsen ist, hat man den verbündeten Regierungen supplettiert,  
daß der Voranschlag für das Etatsjahr 1894/95 die Einnahme zu  
niedrig eingestellt habe, um daraus eine feste Stütze für die Be-  
gründung neuer Steuerentwürfe zu gewinnen. Diese Annahme  
kann ich als durchaus tendenziös und unrichtig zurückweisen. Mit  
Ausnahme zweier Jahre hat man seit dem Bestehen des deutschen  
Reiches die Veranschlagung für die Einnahmen des Reiches stets  
nach dem dreijährigen Durchschnitt genommen. Bei Einbringung  
der Militärvorlage schloß man die Finanzlage möglichst pessimis-  
tisch. Als aber die neuen Steuerentwürfe zur Deckung der Kosten  
der Militärvorlage in Sicht kamen, änderte sich die Stimmung  
wesentlich und gestaltete sich optimistischer, denn der Reichstag  
erhöhte die Einnahmen um 11 1/2 Millionen in drei Eteln und  
zwar, wie ich anerkenne, in zwei Fällen mit Recht. Der  
verhältnismäßig günstige Abschluß des Jahres 1894/95 war  
trotz nicht allein eine Folge erhöhter Einnahmen, sondern wesent-  
lich verminderter Ausgaben und das verdanken wir besonders  
der Heeresleitung. Ist denn ein Ueberschuß von 27 1/2 Millionen  
für die Bundesstaaten und von 7 Millionen für die Eigenwirts-  
schaft des Reiches in der Finanzgeschichte etwas so Ungewöhnliches?  
Auch da appelliere ich an die Erinnerungen der älteren Mitglieder  
des Hauses, daß wir seit 1879 und 1880 Ueberschüsse bis zu 25  
Millionen gehabt haben, allerdings auch Fehlschläge bis zu 3 Mill.  
Es sind da den Bundesstaaten gegenüber dem Etat Mehrerwei-  
sungen bis zu 18 1/2 Millionen zugewiesen, andererseits Ausfälle  
bis zu 14 Millionen zu verzeichnen. Diese Rekapitulation unserer  
Finanzgeschichte lehrt, daß man in Veranschlagung von Einnahmen  
vorsichtiger sein muß und daß wir in früheren Rechnungsjahren  
viel größere Schwankungen gehabt haben. Ich habe das Gefühl:  
wenn man sich von dem Befahren leiten lassen will, um neue  
Steuern hinauszubringen und aus diesen Gründen unsere Finanzlage  
sehr günstig zu beurtheilen, so würde man dafür keinen Anhalts-  
punkt haben. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe im Dezember 1894  
die Einnahmen nur um 3 Millionen niedriger geschätzt, als sie  
tatsächlich eingetroffen sind. Was das bei einem Etat, dessen Ein-  
nahmen und Ausgaben mit 2 1/2 Milliarden balanziren, heißt, werden  
Sie selbst beurtheilen können. Ich bin zu demselben, wie diese  
Schätzung als Verdienst anzurechnen, und betrachte es als einen  
Zufall, daß sie annähernd eingetroffen ist. Von einer tendenziösen  
Schätzung weiß ich mich frei. Um nicht wieder auf eine Dezimal-  
stelle festgenagelt zu werden, schreibe ich voraus, daß bei der  
Schätzung, die ich jetzt gebe, drei sehr schwankende Momente vor-  
handen sind. Es ist für eine große Verwaltung wie die Heeres-  
und Marineverwaltung sehr schwierig, schon nach Ablauf eines  
Semesters ein sicheres Urtheil zu fällen. Es ist ferner erklärlich,  
daß die Betriebsverwaltungen geneigt sein werden, die Einnahmen  
niedrig zu veranschlagen und die Betriebsausgaben zu erhöhen.  
Endlich ist es Grundgesetz der Reichsverwaltung, den Antheil, der  
dem Reich aus dem Reineinkommen der Reichsbank zufließt, aus  
unheillegenden Gründen nicht einer Schätzung zu unterwerfen. Im  
Laufenden Etat für 1895/96 rechnen wir bei der  
Zuckersteuer auf Mehreinnahmen von 1 1/2 Millionen. Zu-  
nächst wirkt ja auf den Ertrag der Zuckersteuer lediglich die Kon-  
sumtion, aber auch die Produktion ist maßgebend, und wir werden  
für das Jahr 1895/96 wahrscheinlich noch mit dem Ueberschuß der  
Kampagne von 1894/95 zu rechnen haben. Dagegen werden die  
Summen für die Ausfuhrvergütungen höher sein als die für  
1894/95. Aus der Salzsteuer und der Branntweinsteuer, sowie den dem  
Reich verbleibenden Stempelsteuern rechnen wir auf eine  
Mehreinnahme von 3 1/2 Millionen. Die Kanalabgaben zeigen eine  
steigende Tendenz. Aus der Post- und Telegraphenverwaltung  
hoffen wir auf einen Mehreberschuß von 7 Millionen, aus den  
Reichseisenbahnen von 1 1/2 Millionen. In den Wälderein-  
nahmen wird die Brantweinsteuer voraussichtlich 2 Millionen  
betragen. Dieser Ausfall hat aber lediglich kalkulatorischen Charakter.  
Vergleichen wir das Mehr und Minder von 1895/96  
miteinander, so ergibt sich ein Ueberschuß von  
etwa 11 1/2 Mill. M. für eigene Rechnung des Reiches.  
Die 30 Millionen Mehreinnahme vom im Ganzen 25 1/2 Mill.  
ergeben. Dazu kommt noch, daß die Kosten für die Erhebung von  
7 auf 4 Millionen gesunken sind. Die Börsensteuer hat einen  
Mehrertrag von 8 Mill. Mark ergeben. Die Brantwein-  
steuer hat abgesehen von dem Ueberschuß von 2 1/2 Millionen  
Mehrertrag von 2 1/2 Millionen ergeben. Dieser Ausfall kommt größtentheils  
daher, daß wir bei Aufstellung des Etats 95/96 darauf gerechnet  
haben, daß das Kontingent, welches im Jahre 1893/94 bemessen  
worden ist, auch im Jahre 1894/95 zur Abgrenzung gelangte.  
Das ist jedoch nicht der Fall gewesen, es ist mindestens die Hälfte  
dieses Kontingents zurückbehalten und wird erst nach dem 1. April  
des folgenden Jahres vollständig abgebrannt sein. Im Ganzen  
werden die Mehreinnahmen aus den  
Börsen, der Tabaksteuer u. s. w. eine Höhe von  
33 1/2 Millionen erlangen. Hieran gehen ab Wälder-  
einnahmen der Verbrauchsabgaben aus der Brantweinsteuer von

3 1/2 Millionen. Hieraus ergibt sich, daß die Bundes-  
staaten für das laufende Rechnungsjahr auf eine außer-  
ordentliche Mehreinnahme von 30 Millionen zu  
rechnen haben. (Hört, hört! links.) Da aber an Matrular-  
beiträgen 10 Millionen Mark mehr erforderlich sind, so werden die  
Bundesstaaten vom Reich 20 Millionen Mark heraus-  
bekommen. (Hört, hört! links.) Das ist jedoch nur eine ungefähre  
Schätzung. Die genauen Zahlen werde ich Ihnen in der Kommission  
auf Grund des Dezemberabschlusses geben. Wie Sie aus der  
Denkschrift ersehen, haben wir einen Versuch gemacht, die Beamten  
in ihren Gehältern aufzubessern. Eine Erhöhung der Gehälter  
sämmlicher Beamten jedoch vorzunehmen, dazu fehlt es uns zur  
Zeit an Mitteln. Redner geht sodann auf die einzelnen Etats des  
Jahres 1896/97 ein. Aus der Thatfache, daß die Bölle für das  
Etatjahr 1895/96 um 8 1/2 Millionen zu niedrig veranschlagt wor-  
den sind, ist gegen uns der Vorwurf erhoben worden, daß wir die  
Schätzung offenbar mit Absicht so niedrig gestellt hätten. Ich muß  
aber darauf hinweisen, daß bei den Einnahmen die Erträge aus  
den Getreidezöllen ausschlaggebend sind, da sie 22 1/2 bis 25 1/2  
Prozent sämmlicher Bölle betragen. Die Einnahmen aus den  
Getreidezöllen sind aber sehr schwankend, da sie von verschiedenen  
Ursachen, dem Ausfall der Ernte u. s. w. abhängig sind. Es ist  
vielleicht die Frage aufgeworfen worden: Wie stellt sich die Zoll-  
einnahme gegenüber der Zollermäßigung für eine Reihe von Artikeln,  
die aus dem Handelsvertrage herrühren? Hierauf erwidere ich, daß  
die Zolleinnahmen im Etatjahr 1895/96 diejenige des Etatsjahres  
1890/91 fast erreichen und sogar fast so groß sind, wie die des  
Jahres 1889/90. (Hört, hört!) Kein arithmetisch ist ein Theil des  
Ausfalles an Einnahmen in Folge der Handelsverträge ausgeglichen  
durch die Mehreinnahmen aus Kaffee, Kakao, Thee, Petroleum und  
Tabak. An dem Ergebnis der Einnahmen aus den Stempel-  
abgaben hat den Hauptantheil der Ertrag der Börsensteuer.  
Die verbündeten Regierungen bilden mit hoher Befriedigung auf  
das Ergebnis dieses Gesetzes. (Hört, hört!) Für das laufende  
Etatjahr ist der Ertrag der Steuer mit 31 Millionen veranschlagt.  
Wir würden vielleicht einen höheren Betrag einsehen können, aber  
die Einnahme aus der Börsensteuer ist ein un-  
sicherer Faktor. Die Börsen hat einen feinen Puls. Jede  
wirtschaftliche Beunruhigung, der leiseste Windhauch hat auf das  
Ergebnis der Börsensteuer Einfluß. Die sogenannte Spannung,  
das heißt das Aus der Matrularbeiträge über die Ueberschüsse  
stellt sich in dem Etat des künftigen Jahres auf 12 1/2 Millionen  
Mark. Man hat in der Presse vielfach den Vorwurf erhoben, daß  
erst nachträglich im Bundesrath die Spannung künstlich erhöht sei.  
Das ist unrichtig. Gerade das Gegenteil ist der Fall, und die  
Herren, die uns angegriffen haben, beweisen dadurch nur, daß sie  
noch immer keinen offiziellen Telefonanschluss haben. Ich glaube  
wohl, daß der Reichstag an dem Etat noch einige Streichungen  
vornehmen wird, aber ich möchte Sie doch ersuchen, nicht zu  
scharf vorzugehen. Es ist ein durchaus falsches Prinzip, wenn  
man gleich mit dem Gedanken an den Etat herangeht, es muß  
unter allen Umständen gespart werden. Ich habe mich jetzt noch  
gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß wir im Etat des ver-  
gangenen Jahres die Spannung zu hoch auf 70 Millionen ver-  
anschlagt haben. Ich konnte die Ausgaben, die von Ihrer Kom-  
mission gestrichen worden sind, nicht voraussehen. Dazu kamen noch  
zwei Nachtragsetats, auch konnte ich nicht wissen, daß die Ersparnis  
an Naturalien 9 1/2 Millionen ergeben würde. Dieses Verhältniß  
hätte sich doch jeden Tag ändern können. Ferner konnte ich doch  
nicht wissen, daß die Börsensteuer ein so günstiges Ergebnis haben  
würde, das hätten Sie, (nach links) doch wohl selbst am wenigsten  
erwartet. Hierzu kamen noch rückständige fortwährende Ausgaben  
aus der Militärvorlage im Betrage von 8 1/2 Millionen. Wenn Sie  
diese Zahlen sich ansehen, so werden Sie mir recht geben. Wir  
müssen aber bei der Aufstellung des Etats nicht nur mit steigenden  
Einnahmen, sondern mit Verminderung, mit unguünstigen Kon-  
junkturen rechnen. Das alles so günstig ausfallen würde, konnten  
wir nicht voraussehen. Wir werden auch in Zukunft nicht von  
dem Prinzip abgehen, den Etat nicht nach dem einjährigen, sondern  
nach dem dreijährigen Durchschnitt zu berechnen. Die Finanz-  
reform, welche die verbündeten Regierungen Ihnen vorgelegt  
haben, ist ja selber nicht zu Stande gekommen. (Hört, hört! links.)  
Das Bedürfnis aber, den Einzelstaaten irgend eine feste  
Linie für die Anforderungen, die das Reich an sie erhebt, zu  
stellen, ist vorhanden, und wenn bis jetzt noch nicht eine Demo-  
krationalslinie gefunden ist, die dahin führt, so muß ein anderer Aus-  
weg gesucht werden. Die verbündeten Regierungen halten daran  
fest, daß das Prinzip der Reichsfinanzreform richtig ist, sie  
halten daran fest, wenn sie auch darauf verzichten, es in diesem  
Jahre diesem hohen Hause vorzulegen. Sie ersehen aus dem Etat,  
daß die verbündeten Regierungen den ersten Willen haben, den  
Etat nach Maßgabe der vorhandenen Steuern festzustellen, daß sie  
bemüht sind, die Steuerzahlungen im Wesentlichen den besser Ge-  
stellten aufzuerlegen, und daß sie den vorhandenen Verhältnissen  
Rechnung getragen haben. Ich bitte Sie daher, von diesem  
Gesichtspunkt aus, den Etatsentwurf einer wohlwollenden Prüfung  
zu unterziehen. (Beifall rechts.)

Abg. Frickh (Centr.): Daß der Etat mit den bestehenden  
Verhältnissen rechnet, das gebe ich dem Staatssekretär ohne weiteres  
zu, auch daß der Etat mit großer Vorsicht aufgestellt ist. Im all-  
gemeinen ergibt dieser Etat im Vergleich mit dem des Vorjahres  
ein erfreuliches Bild. Ich hoffe, daß es dem Staatssekretär weiter-  
hin gelingen wird, ohne neue Steuern zu erheben und ohne neue  
Anleihen zu machen, den Etat zu balanziren. Daß die Spannung  
nur 12 1/2 Millionen beträgt, ist ein Ergebnis, das wir gar nicht  
erwartet haben, hieraus zeugt die Hoffnung, daß es dem Reichs-  
tage gelingen wird, die Spannung um Theile wenigstens zu be-  
seitigen, um so mehr, als bei den Zöllen eine Erhöhung der Ein-  
nahmen noch weiter eintreten kann. Unsere großen finanziellen  
Prognosen bezüglich des Nordostkanals sind sehr getäuscht worden,  
hier darf man nicht die Ausgaben für Verbesserungen einzuführen  
suchen. Die Herren, die den Eröffnungsfeierlichkeiten beigewohnt  
haben und nachher die Fahrt um Stagen mitmachten, werden ja  
selbst wissen, wie angenehm es ist, bei stürmischem Wetter solche  
Fahrt zu unternehmen. (Heiterkeit.) Es sei mir gestattet, an dieser

Stelle dem Norddeutschen Lloyd und der Stadt Lübeck den Dank  
für ihr Entgegenkommen auszusprechen. (Beifall.) Dieser  
Punkt bringt mich auch auf die Frage der Konversion,  
mit der ich mich erst einverstanden erklären kann, wenn die drei-  
prozentigen Konsols den Parifianpunkt wieder haben; vielleicht  
läßt sich diese Konversion auch für die Schulden tilgung verwerthen.  
So kommt man vielleicht zu einer zweckmäßigen Finanzreform,  
denn die uns früher vorgelegte Reform halte ich nicht für zweck-  
mäßig. Es wäre vielleicht empfehlenswerth, eine bestimmte Quote  
der Ueberschüsse über die Matrularbeiträge zur Schuldentilgung  
festzulegen. Es sei mir gestattet, an dieser Stelle auf die  
jüngste Votenschaft des Präsidenten Cleveland hin-  
zuweisen, durch die unsere Handelsbeziehungen zu Amerika aufs  
empfindlichste berührt werden. Es wäre wünschenswerth, wenn  
der Staatssekretär uns darüber Auskunft gäbe, wie die Regierung  
sich dazu stellt. Es ist anzuerkennen, daß die Finanzverwaltung  
sich bei den einmaligen Ausgaben für das Militär sehr beschränkt  
hat, aber die Ausgaben sind doch noch überaus hoch. Vor allen  
Dingen müssen wir endlich einmal klare Auskunft über die Frage  
der vierten Bataillone und die Aenderung der  
Militärstrafprozedur haben. Ich bitte den Kriegs-  
minister, sich über diese Punkte hier oder in der Kommission zu äußern.  
Hierüber gingen ja die beunruhigendsten Nachrichten durch die Presse.  
Nach meinen Erfahrungen ist das Militärstrafverfahren besser als  
sein Ruf, aber die Heimlichkeit derselben führt zu Verdächtigungen  
aller Art, und es wäre deshalb im Interesse des Militärs  
selbst empfehlenswerth, wenn ein öffentliches Verfahren angeordnet  
würde, soweit sich dies mit der militärischen Disziplin vereinbaren  
läßt. Ueber die Sonntagsruhe will ich nicht reden, denn ich  
würde sonst in das Ressort meines Freundes Ungarn eingreifen.  
(Große Heiterkeit.) Für die Marineverwaltung sind die Ausgaben  
auch zu hoch, hier sind erhebliche Abstriche gerechtfertigt, besonders  
bei dem Bau neuer Schiffe. Die frühere Auffassung, daß unsere  
Marine nur zum Schutz der heimischen Küsten da ist, ist heute  
nicht mehr gerechtfertigt, wo wir viele Kolonien haben. Auch  
die Kolonialverwaltung hat ja ihre schwachen Seiten. (Heiterkeit),  
es muß ernstlich geprüft werden, ob nicht auch hier Abstriche  
möglich sind. Ein unbefugtes Klein ist jetzt aber nicht recht am  
Platz. Erst, wo die übrigen Kulturstaaten auch Besitzungen in  
Afrika haben, kann sich das deutsche Reich nicht mehr dieser Auf-  
gabe entziehen, hier das materielle Ernährungsleben zu sichern und  
Erweiterung zu verbreiten. (Große Heiterkeit.) Bedenken Sie, wie zahl-  
reiche Leute ihr Leben daran setzen, um die Lehren des Christen-  
thums in unseren Kolonien zu verbreiten. (Beifall im Centrum  
und rechts.) Ich wünsche, daß die Hoffnungen, die wir an die  
Kolonen knüpfen, in Erfüllung gehen, aber wir müssen hier doch  
sehr vorsichtig verfahren, um einen Konflikt mit anderen Staaten  
zu vermeiden. Wir haben ja erst in diesen Tagen mit großer  
Begeisterung die Feier der großen Siege vor 25 Jahren begangen.  
Die Zeiten der damaligen Gefahr können aus dem Osten wieder-  
kommen. Deshalb müssen wir unsere Kräfte sammeln, um in jeder  
Hinsicht auch materiell gewappnet zu sein. (Beifall im Centrum.)

Staatssekretär im Auswärtigen Amt Febr. v. Marschall:  
Ich komme dem Wunsche des Vorredners bezüglich der Votenschaft  
Cleveland um so lieber nach, da die handelspolitischen Beziehungen  
zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika  
noch die gleichen wie früher sind. Die Schlage bezüglich des  
deutschen Zuckers, eines für Deutschland überaus wichtigen  
Exportproduktes, hat sich bis heute nicht verändert, sie ist heute noch  
genau so, wie vor einem Jahre. (Hört, hört! rechts.) Gegen den  
im vorigen Jahre von dem amerikanischen Kongreß beschlossenen  
Zollzuschlag hat Deutschland sofort entschiedenen Einspruch erhoben,  
von der Ansicht ausgehend, daß dies mit dem vertragmäßigen  
Meistbegünstigungsrecht nicht übereinstimmt. Die Regierung der  
vereinigten Staaten hat loyaler Weise alles gethan, was in ihren  
Kräften stand, um unserer Beschwerde Geltung zu verschaffen, aber  
der Versuch ist gescheitert. Unter diesen Umständen mußte allerdings  
die jüngste Votenschaft des Präsidenten, in welcher er den Vorwurf  
erhebt, daß wir amerikanische Nahrungsmittel einer differenziellen  
Behandlung unterziehen und amerikanische Versicherungsgesell-  
schaften verarglich behandeln, sehr überraschen. Bei dem  
entbehrt jeder Thatfachen Begründung.  
(Hört, hört! rechts.) Wir haben die Einfuhr des amerikanischen  
Fleischs und Fisches verboten, nachdem bei einem Transport sich  
ein an Typhus erkranktes Vieh befunden hatte, und nachdem  
die Sachverständigen einstimmig erklärt hatten, daß diese gefährliche  
Krankheit nicht nur durch lebendes, sondern auch durch todes  
Vieh eingeschleppt werden könnte. Diese Maßregel hat keinen  
differenziellen Charakter, sondern wir würden sie auch jedem  
anderen Lande gegenüber ergreifen in der Ausübung unserer Pflicht,  
für die Erhaltung des deutschen Viehstandes zu sorgen, und wir  
sind nicht im Stande, diese Pflicht irgend welchen  
handelspolitischen Interessen anderer Länder  
unterzuordnen. (Beifall rechts.) Für die Ver-  
sicherungsgesellschaften hat das Reich die Vorschriften erlassen, welche sich diese  
Gesellschaften zu fügen haben. Diese Vorschriften sind  
genau dieselben für die inländischen wie für die  
ausländischen Gesellschaften, jede muß sich ihnen unter-  
ordnen. Nun aber haben amerikanische Versicherungsgesellschaften,  
nachdem längere Zeit mit ihnen verhandelt worden war, die  
Erklärung abgegeben, daß sie nach ihrer Geschäftsführung nicht in  
der Lage seien, sich diesen Bestimmungen zu fügen, und darauf ist  
einer Anzahl von Gesellschaften die Konzession entzogen worden.  
Wenn diese amerikanischen Gesellschaften so großen Werth darauf  
legen, in Preußen wieder zugelassen zu werden, bleibt es ihnen ja  
freigestellt, die Erklärung abzugeben, daß sie sich den Bestimmungen  
zu fügen wollen. Also auch hier kann von einer differenziellen Be-  
handlung nicht die Rede sein. Ob diese Bestimmungen zweck-  
entsprechend sind, darüber hat lediglich die preussische Regierung  
zu befinden, das ist nicht Sache des Reiches. (Beifall rechts.)  
Wir haben alle Zeiten unsere vertragmäßigen Ver-  
pflichtungen gegen die Vereinigten Staaten loyal gehalten. Wir  
sind dadurch oft Angriffen namentlich von Seiten der Landwirtschaft  
ausgesetzt gewesen, aber wir haben ihnen Stand gehalten und



werten es auch in Zukunft thun. Wir werden uns aber auch durch Drohungen mit Repressalien nicht einschüchtern lassen. (Beifall.) Deutschland ist alle Zeit bereit, die Fragen, die aus handelspolitischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten entstehen, auf dem Boden unseres Vertrages in dem Geiste zu behandeln, wie es den weltberühmten Verkehrsbeziehungen zweier großer Nationen entspricht. Wir erwarten dabei allerdings von dem andern Staate bräutliche Gegenseitigkeit. Ich bitte Sie deshalb, dem Auswärtigen Amte das Vertrauen zu schenken, daß sich bei erneuter Verhandlung dieser Angelegenheit mit der Festigkeit, welche unserer Richte und unserer Pflicht entspricht, die Ruhe verbindet, diese Angelegenheit so zu behandeln, wie es unsere Interessen erfordern. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (Rpt.): Die letzte Erklärung des Staatssekretärs hat uns mit großer Genugthuung erfüllt, ich bitte die Regierung, auf diesem Standpunkt zu verharren. Was den Etat betrifft, so frage ich, ob es nicht möglich ist, den einzelnen Abgeordneten den Etat schon gleich nach der Einberufung des Reichstages zu stellen, damit sie ihn zu Hause schon studieren können. Den Grundgedanken des Abg. Fröhen, Erparungen zu machen, theile ich auch, aber bei der Flotte scheint mir das jetzt nicht möglich zu sein. Der Reichstag hat ja selbst im vorigen Jahre anerkannt, daß unsere Kreuzerflotte zu klein ist. Wir können die Schlagschiffe nicht entbehren, diese Stelle sollte die letzte sein, an der wir Mittel einsparen können. Viel wichtiger ist die Frage, wie die wirtschaftlichen Zustände sind, und da prüfen Sie einmal, wie sich die Lage unserer Handelsbilanzen seit 20 Jahren gestellt hat. Im Jahre 1873, als das Experiment mit dem Freihandel gemacht war, fielen sich unsere Handelsbilanzen durchschnittlich jährlich auf 800 bis 1000 Millionen Mark. Dieses Defizit trug dazu bei, daß Bismarck von seinen freikändlerischen Anschauungen befreit wurde. 1879/80, als wir das Schutzzollsystem hatten, betrugen die Handelsbilanzen nur noch 40—50 Millionen, aber jetzt nach den Handelsverträgen haben wir wieder dasselbe Elend. (Lachen links.) Lachen Sie nicht darüber, das sind sehr ernste Dinge! Deutschland hat freilich ein großes Vermögen in auswärtigen Papieren angelegt, aber dies ist doch weit geringer als das von England, das sehr wohl solche Unterbilanzen tragen kann. Dazu kommt, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung zurückgeht an Kopfzahl und an Kapital. Die Verarmung liegt auf dem platten Lande, und das können wir auf die Dauer nicht ertragen. Die politische Lage ist ähnlich wie im Jahre 1879, auch damals lag die Industrie nieder und die Sozialdemokratie erhob ihr Haupt ebenso stark wie heute. (Aha! bei den Sozialdemokraten.) Der Kulturkampf tobte damals noch, es wurde das Gesetz erlassen, welches die Sozialdemokratie wenigstens in einigen Ehrenstellen hielt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz ging freilich von dem Staatsmanne aus, den Sie (nach links) so gering schätzen. (Zuruf des Abg. Singer: Sehr richtig!) Heute ist wenigstens der konfessionelle Frieden einigermaßen hergestellt, das Centrum machte den Schutzzoll mit, aber was die Sozialdemokratie betrifft, so möchte ich Ihnen ein Bild mittheilen, das mir jemand geschickt hat, der damit vertraut ist. (Zuruf links: Köhler!) Der Betreffende wies mir nach, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die über ungeheure Kapitalien verfügt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten haben, durch Besteuerung ihrer Anhänger, eine jährliche Einnahme von etwa 5 Millionen (Geldstücke), sie haben ein großes Beamtenpersonal, sie geben weit mehr für Agitationszwecke aus, als irgend eine andere Partei. Dies ist um so ernster als heute ebenso wie vor der französischen Revolution die Pastoren und Juristen schon für sozialdemokratische Ideen sich begeisterten. (Aha! links.) Diese Herren bedenken nicht, daß sie mit dem Feuer spielen. Auch die Regierung scheint die ihr drohende Gefahr gar nicht zu merken, wie das aus der Antwort des Herrn v. Bismarck auf die Stille Interpellation hervorgeht; die Lage ist viel ernster als früher. Wenn Sie das alles bedenken und die Nothlage der Landwirtschaft betrachten, so kann ich nur wünschen, daß die Regierung in die Lage kommt, Ruhe, Ordnung und Wohlstand ebenso herzustellen, wie es unter Bismarck der Fall gewesen. (Lachen links.) Aber dazu ist nöthig, das diejenige, die dazu berufen sind, sich nicht gegenseitig befehdend, und wenn ich sehe, daß ein Ministerium gegen das andere heizt, wenn ich sehe, wie die „Köln. Ztg.“, „Hamb. Korresp.“ und andere halbpolitische Blätter, die zu den verschiedenen Ministerien Beziehungen haben, gegen einander auftreten, so beweist es, daß wir heute keine einheitliche Regierung haben. Aber nur eine solche ist in der Lage, Deutschland vorwärts zu bringen, und das Ansehen des deutschen Reiches zu heben. Wir brauchen eine starke Regierung, und ich hoffe, daß die Regierung dann die Energie finden wird, um unter Vaterland vor den Gefahren zu wahren, auf welche hinzuweisen ich für meine Pflicht gehalten habe. (Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird die weitere Verathung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Deutschland.

□ Berlin, 9. Dez. [Der neue Minister des Innern.] Dem neuen Minister des Innern, Herrn v. d. Riede, wird in den Parteien nicht unfreundlich begegnet. Man weiß so wenig von ihm, daß man geneigt ist, ihm Angenehmes zu sagen oder doch ihm kein Mißtrauen entgegenzubringen. Kein Zweifel, daß Herr v. d. Riede, den Herr v. Puttkamer in den achtziger Jahren als vorragenden Rath für die wichtigen Degernate der sozialpolitischen Aufgaben und der Preßangelegenheiten ins Ministerium des Innern gezogen hatte, stramm konservativ ist. Aber er soll sich in seiner schwierigen Stellung als Regierungspräsident zu Düsseldorf geschickt und klug mit den verschiedensten politischen Richtungen abzufinden gewußt haben. Im Centrum, wo man den Verwaltungsbehörden am Rhein besonders scharf auf die Finger paßt, wird zugestanden, daß Herr von der Riede ein gewandter und entgegenkommender Mann sei — die einflussreichen Kreise der Großindustrie haben Vertrauen zu ihm, und liberalerseits wird es bereits angenehm empfunden, daß kein Konservativer aus dem Osten zum Nachfolger Köllers ernannt worden ist. Herr von der Riede war auch drei Jahre lang, von 1887 bis 1890, Regierungspräsident in Königsberg; er wurde von diesem Posten abberufen, als das Düsseldorf'sche Regierungspräsidium durch die Berufung des Herrn v. Bismarck ins Ministerium freigeworden war.

Die „Kreuzzeitung“ schweigt sich über den Ministerwechsel heute noch aus. Das agrarische Hauptblatt bleibt dagegen dabei, der Rücktritt Köllers sei ein Rückzug vor der Sozialdemokratie und eine Verbeugung vor dem Manchesterthum; die Stimmung im Lande werde eine kühnere werden u. s. w. Auch die „Staatsb. Ztg.“ ist von „ernsten Besorgnissen“ erfüllt. Die „Post“, die noch am Sonnabend die Rückkehr Köllers in sein Amt ankündigte, während Regierungspräsident

v. d. Riede bereits unterwegs war, um sich dem Kaiser vorzustellen, ist nicht der Ansicht, daß der Personenwechsel einen Wechsel, namentlich was die Tendenz der Bekämpfung der Sozialdemokratie betrifft, bedeute. Herr von Köller hat übrigens noch das seltene Glück gehabt, in letzter Stunde einer Sympathiebezeugung der „Hamb. Nachr.“ gewürdigt zu werden, die ihn vielleicht über so viele bitteren Nekrologe in der konservativen Presse trösten wird. Fürst Bismarck fürchtet, daß die Nachfolge einen Rückschritt nicht im Sinne der Reaktion, sondern im Sinne der Abschwächung des staatsrechtlichen Prinzips involvire und daß die Festigkeit der monarchischen Einrichtungen in Preußen eine weitere Verminderung erleiden könnte — nämlich durch Ernennung eines „Staatsmanns“ aus der Puttkamer'schen Schule.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt bezüglich des neuen Ministers des Innern, er gehöre nicht zu jener Klasse von Junkern, die am Rhein allseitige Zurückweisung finden. Der frischere geistige Zug, der die rheinische Bevölkerung auszeichnet, sei auch ihm eigen. Der neue Minister sei mit unermüdlicher Arbeitskraft, lebendigem Schaffensdrang, reichen Kenntnissen, strenger Unparteilichkeit, namentlich mit frischem Interesse für alle Fragen sozialpolitischen wirtschaftlichen Fortschrittes ausgestattet.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „Die „Vossische Zeitung“ vom 4. d. M. enthält in ihrer Nr. 568 die Mittheilung: der Kriegsminister habe angeordnet, daß beurlaubte Offiziere, die nicht länger als 48 Stunden in einer Garnison oder Festung verweilen, von jetzt ab nur zu einer einmaligen Meldung verpflichtet sind und daß diese Meldung entweder persönlich oder schriftlich erfolgen darf. Diese Mittheilung bedarf der Richtigstellung dahin, daß es nicht in der Kompetenz des Kriegsministers liegt, eine derartige Maßregel anzunehmen; dieselbe ist vielmehr, wie auch das „Armee-Verordnungsblatt“ Nr. 31 vom 4. d. M. kundgibt, von Seiner Majestät dem Kaiser und König auf Vorschlag des Kriegsministers genehmigt. Ferner ist die Mittheilung sachlich insofern unrichtig, als es sich bei der betreffenden Verfügung um beurlaubte Offiziere handelt, welche länger als 48 Stunden in einer Garnison oder Festung verweilen. Bei kürzerem Aufenthalt besteht nach § 27 der Garnisondienstvorschrift überhaupt keine Verpflichtung zur Meldung.“

Der Vorstand des Reichstages hat beschlossen, am 18. Januar 1896 Abends im Reichstagsgebäude zur Feier der Kaiserproklamation zu Versailles im Jahre 1871 die Mitglieder des Reichstages bei einem Festbankett zu vereinigen.

In der Belegung der kaiserlichen Konsulate sind der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge folgende Veränderungen erfolgt: Der bisherige Konsul in Triest, Wlsl. Legationsrath, Generalkonsul Britsch, ist zum Konsul des Reichs in Mailand ernannt worden. Sein Nachfolger in Triest wird der bisherige Konsul in Smyrna, Generalkonsul Dr. jur. Stannius, während der Konsulposten in Smyrna dem Konsul in Alger, Dr. jur. Galli, und das Konsulat an letzterem Orte dem Konsul in Bombay, von Syburg, übertragen wird. Das Konsulat in Bombay ist dem bisherigen Konsul in Afrika, Hiermann verbleiben worden, der auf den Somaalinseln durch den Legationsrath Rose ersetzt wird. Endlich ist das kaiserliche Konsulat in Asuncion durch die Ernennung seines bisherigen Generanten, Vizekonsuls von Sanden, zum Konsul für Paraguay wieder definitiv besetzt worden.

Die „National-Zeitung“ meldet, die Antwort der englischen Regierung auf die Anfrage der deutschen Regierung in der Währungsfrage sei noch nicht erfolgt.

Das amtliche Wahlergebnis der Reichstagswahl im Reichstagswahlkreis Herford-Halle ist folgendes: Quentin, Bürgermeister in Herford (lib.) 8958 Stimmen, Weihe, Amtsgerichtsrath in Bünde (kon.) 8626 Stimmen. Quentin ist somit gewählt.

Die „Post“ hört, eine vom Prinzen Gikwain geleitete koreanische Gesandtschaft dürfte etwa Anfang Januar hier eintreffen.

## Parlamentarische Nachrichten.

Das Präsidium des Reichstages, die Herren Freiherr v. Buol, Schmidt und Spahn wurden heute Nachmittag 6 Uhr im Schloß zu Berlin vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen. Der Kaiser begrüßte die Herren auf das Freundlichste, sprach von den bedeutungsvollen Aufgaben, die auch in dieser Session zu erledigen seien und wünschte einen gedeihlichen Fortgang der parlamentarischen Verhandlungen. Des Weiteren theilte der Kaiser mit, daß er am 18. Januar zur Feier der fünfundsingzigjährigen Wiederkehr der Aufrichtung des Deutschen Reiches ein großes Fest im Schloß zu geben beabsichtige. Er hoffe dabei die Mitglieder des Reichstages, die jetzigen sowohl, als auch besonders diejenigen, welche in jener großen Zeit dem Reichstage angehört und heute noch unter den Lebenden weilen, recht zahlreich um sich zu sehen. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Schmidt, ob diese Mittheilung bereits jetzt gegeben werden dürfe, gab der Kaiser eine bejahende Antwort.

L. C. In der Budgetkommission wird die freisinnige Volkspartei durch die Abgg. Richter und Dr. Müller (Sagan), die freisinnige Vereinigung durch den Abg. Bachmeier vertreten; in der Petitionskommission die freis. Volkspartei durch die Abgg. Weß und Casselmann, die freis. Vereinigung durch den Abg. Köpp. In die Wahlprüfungskommission scheidet die freis. Volkspartei die Abgg. Schmeber und Träger.

## Italien.

\* Die Italiener haben anscheinend in Afrika eine Schlappelle erlitten; eine offiziöse, ziemlich unklare Meldung berichtet nämlich aus Rom, 9. Dez:

Die „Arenza Stefani“ meldet aus Massauah: General Baratelli telegraphirte aus Barasit, daß die aus 5 Kompanien bestehende Kolonne des Majors Toselli, welche sich bei Ambalag befand, gestern plötzlich von der ganzen schwanischen Armee angegriffen und umzingelt wurde. General Alimondi hatte mehrfach an Toselli den Befehl geschickt, sich zurückzuziehen; der Befehl scheint aber nicht angekommen zu sein. General Alimondi, welcher vorwärts marschirte, um Toselli zu unterstützen, traf auf der Mitte des Weges zwischen Ambalag und Ambalag auf den Feind, wobei sich ein Gefecht entspann. Alimondi vereinigte sich dann mit Offizieren und

300 Askaren, welche von Ambalag zurückkamen, und zog alle seine Truppen in größter Ordnung bei Ambalag zusammen; Johann marschirte er nach Bagamusch, nachdem er in Ambalag eine starke, gut mit Munition versehene Besatzung zurückgelassen hatte. Die italienischen Offiziere Bodrero, Bagella und Bazzani haben sich Ambalag angeschlossen. — Von Major Toselli fehlen Nachrichten. — Man schätzt die schwanische Armee auf 20 000 Mann. — Augenzeugen erklären, die Verluste der Schaner seien sehr groß. — General Baratelli befindet sich auf dem Marsch nach Abirgat.

Auch in der Deputirtenkammer scheint man an einen für die Italiener unglücklichen Kampf zu glauben; die äußerste Linke hat sofort am Montag die Regierung interpellirt, es wird darüber gemeldet:

Torraca und Rubini ersuchten die Regierung um Mittheilung der Nachrichten aus Afrika. Der Kriegsminister verlas darauf die bereits veröffentlichte Depesche des Generals Baratelli und fügte hinzu, die Regierung habe in Antwort auf diese Depesche Baratelli ihr Vertrauen ausgedrückt und ihn aufgefordert, alles zu verlangen, was er für die Kriegsoperationen benötige. Die Regierung sei sicher, hierin der Vollmacht der Kammer zu sein. (Sehr gut.) Der Minister erklärte dann, die italienischen Vorkämpfer seien sicher. Das bei Ambalag Geschehene sei ernst, könne aber in weitestgehender Weise wieder ausgeglichen werden. (Sehr gut.) Vorläufig sei kein Zoll der italienischen Besitzungen von dem Feinde befeht. (Beifall.) Zustimmung. (Lärm auf der äußersten Linken.) Torraca und Rubini sprachen hierauf unter dem Beifall des Hauses den Kämpfern in Afrika warme Anerkennung und Vertrauen aus und erklärten, es dürfe keine Anschuldbung erhoben werden, im Unglück müsse man sich männlich zeigen. Der Kriegsminister sprach den beiden Vorkämpfern seinen Dank aus und erklärte, die nöthigen Maßregeln zum Schutze der Würde und des Ansehens der italienischen Waffen und des italienischen Namens würden getroffen werden. Branca ließ den Soldaten in Afrika volle Würdigung widerfahren, erklärte aber, der Zwischenfall sei kein Grund, um auf einer nicht richtigen Politik zu verharren. (Lärm.) Imbrant protestirte gegen die Politik der Regierung. (Beifall.) Zustimmung auf der äußersten Linken. Hiermit war der Zwischenfall erledigt.

## Vermischtes.

† Aus der Reichshauptstadt, 9. Dez. Der orkanartige Sturm der letzten Tage richtete in der Umgegend Berlins gewaltige Verwüstungen an. In den Wäldern wurden zahllose Bäume entwurzelt, auf den Feldern Stroh- und Heuballen umgestürzt, in den Dörfern Dächer abgedeckt, Scheunen und Stallungen niedergebrosen. Am schlimmsten litten die Gärtner. Der Schaden wird auf Hunderttausend Mark geschätzt.

Geb. Baurath Wallot hat von einer Bewerbung um den Posten des Berliner Stadtbauraths Abstand genommen. (Er hat wohl eine Aneinander der Stelle erwartet.)

† Der Schneidermeister Dowe, der Erfinder des „tugendsüchtigen Banzers“, ist, wie man dem „Berl. Tagebl.“ aus Wiesbaden meldet, dort gestorben. Vor einigen Tagen melbten wir, daß Dowe sich auf dem Krankenbette mit der Kunstschülerin Miß Diana trauen ließ.

## Posen.

Posen, 10. Dezember.

\* Volkszählung. Nach einer vorläufigen Berechnung stellt sich bei der diesjährigen Volkszählung für die Stadt Posen ermittelte Einwohnerzahl wie folgt:

Ergebnis der Volkszählung	Einwohnerzahl.			davon entfallen auf die	
	männlich.	weiblich.	aus.	Städt.	Militär-Bevölkerung.
1895	34 833	37 555	72 388	68 488	3900
1890	33 385	36 246	69 631	65 987	3644
mithin gegen 1890					
Zunahme	1448	1309	2757	2501	256

Danach beträgt die Bevölkerungszahl Posen's (einschl. Militär) gegenwärtig 72 388. — Wenn auch diese Berechnung nur als eine vorläufige angesehen werden kann, so ist doch eine nennenswerthe Verschiebung kaum zu erwarten.

n. Unglücksfall mit tödlichem Ausgang. Der Schuhmacher Jidor Wlodarczyk, welcher am Sonntag in stark angetrunkenem Zustande seine in der Schuhmacherstraße Nr. 20 im zweiten Stock belegene Wohnung aufsuchen wollte, fiel von der Höhe des zweiten Stockwerks in den Gassenflur und zog sich einen Schädelbruch zu, an dessen Folgen er gestern früh gestorben ist.

\* Eine Alarmierung der Feuerwehr erfolgte gestern Abend 7/8 Uhr nach dem Rathaus am Alten Markte. Der dortige Feuermelde-Apparat hatte sich von selbst ausgelöst.

## Aus der Provinz Posen.

\* Schneidemühl, 9. Dez. [Personalnotiz.] Zum Direktor der hiesigen Provinzial-Laubstücken-Anstalt ist Subdirektor Schmalz aus Ratibor ernannt worden.

Weseritz, 9. Dez. [Beihnachts-Bazar. Bevölkerungszahl.] Der am vorigen Sonnabend und Sonntag in den Räumen des Schützenhauses veranstaltete Wohlthätigkeits-Bazar zur Beschaffung von Holzmaterial u. für Bedürftige hat ein für die hiesigen Verhältnisse außergewöhnliches Resultat geliefert. Die Einnahmen beliefen sich an beiden Tagen auf fast 1800 M. — Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung betrug die ortsbewohnende Bevölkerung 5267 Personen, was eine geringe Zunahme gegen früher bedeutet.

## Aus den Nachbargebieten der Provinz.

§ Breslau, 9. Dez. [Die zweite Versammlung der Ärzte-Vereine der Provinzen Schlesien und Posen] fand gestern Mittag in der hiesigen chirurgischen Universitätsklinik statt. In seiner Begrüßungsrede an die zahlreichen Anwesenden hob der Vorsitzende des Vereins der Ärzte des Regierungsbezirks Breslau, Prof. Dr. Bäumler, hervor, wie gewiss der Zusammenkunft der verschiedenen Ärztevereine im Osten der Monarchie im Interesse der Förderung der ärztlichen Standesinteressen gewiß habe. Am Schluß seiner Ansprache gedachte er in einem herzlichen Nachruhe des um die medizinische Wissenschaft so hoch verdienten Geh. Sanitätsrathes Dr. Graf v. Ederfeld, dessen Andenken die Versammlung durch Erheben von den Sigen ehrte. Den ersten Vortrag hielt Geh. Medizinalrath Professor Dr. Bonstorf über „Metastasenbildung und Glanzen“, worin er im Zusammenhang mit werthvollen Beiträgen zu der Uebertragung des. Ortsveränderung von Krankheitsprozessen im menschlichen Körper das Wesen der Glanzen erläuterte, einer Krankheit des Herzens, die sich in mit Bewußtlosigkeit verbundenen Krampfanfällen äußert. Geh. Medizinalrath



Prof. Dr. Förster machte hochinteressante Mittheilungen über die neuesten therapeutischen Methoden und deren Erfolge in der „Behandlung des Schiefens“. Darauf sprach Geheimrath Medizinalrath Professor Dr. Mucic über die Therapie der angeborenen Hüftgelenksluxation und zeigte an einer Reihe von fesselnden Demonstrationen die von ihm auf diesem Gebiete erzielten sehr beachtenswerthen Erfolge. Als letzter Redner behandelte der derzeitige Dekan der medizinischen Fakultät der kaiserlichen Universität, Medizinalrath Prof. Dr. Wendt die „Initialsymptome der Gelenkkrankheit“. Er besprach zunächst die Symptome, die den Eintritt der Gelenkkrankheit und der Mangel an Gelenk und entwickelte dann die Symptome aller unter dem Gesamtnamen Gelenkkrankheit begriffenen Krankheitsformen. Die Versammlung schloß mit der Demonstration zweier Leprafälle. — Am Nachmittag vereinigte ein Diner etwa 90 Theilnehmer der Aerzteversammlung in Christian Hansen's Weinstube, wobei wieder Prof. Buchwald die Begrüßungsansprache hielt. Dr. Körner toastete auf den verdienstvollen Vorsitzenden der Aerztevereine des Regierungsbezirks Breslau, Prof. Buchwald, und Prof. Partsch auf die Vortragenden des Vormittags. Gewürzt wurde das Mahl durch einige prächtige Reden mit vorzrefflichen medizinischen Scherzen und viel zu früh eintratte die 7. Abendstunde die Männer der Wissenschaft, die nach einigen Stunden froher Erholung wieder zu ihrem ersten Beruf in ihre Heimath eilen mußten. Eine gesellige Zusammenkunft im „Bismarckbräu“, die Abends noch verabredet war, konnte naturgemäß in überwiegender Zahl nur Breslauer Kollegen verammeln.

W.B. Stettin, 9. Dez. Dem brasilianischen Panzerkreuzer „24 de maio“ brach auf der Fahrt von Swinemünde hierher in der Kaiserfahrt die Ruderpinne, dasselbe kam infolgedessen auf Grund. Zwei Eisbrecher von hier gelang es, den Panzer flott zu machen. Er wird voraussichtlich heute Abend an der Werft des „Bulkan“ eintreffen.

## Telegraphische Nachrichten.

Wilhelmshaven, 9. Dez. Der Hamburger Bootsenmacher „Ebbe“ wurde gänzlich von der Eisdecke eingeklemmt. Ein Mann ist ertrunken, die Besatzung zum Theil verwundet. Die Verletzten wurden in das Krankenhaus gebracht.

Signaringen, 9. Dez. Der Prinz Emanuel von Orleans, Bräutigam der Prinzessin Henriette von Belgien, ist heute hier eingetroffen.

Darmstadt, 9. Dez. Die „Darmstädter Btg.“ meldet, daß der Großherzog und die Großherzogin in beabsichtigten, morgen mit dem Großfürsten und der Großfürstin Sergius von Zarstoj-Selo nach Moskau zu reisen.

Braunschweig, 9. Dez. Die Betriebs-Inspektion Braunschweig I. macht bekannt: Heute gegen 10 Uhr Vormittags sind die Lokomotive, der Packwagen und 6 offene Güterwagen des Güterzuges 9/2 infolge falscher Weichenstellung im Bahnhof Zuyheim entgleist. Ein Bremser ist getödtet, der Zugführer und ein Bremser sind anscheinend unerheblich verletzt.

Schwerin i. Meckl., 9. Dez. Die Regierung beantragte beim Landtage 2 1/2 Millionen Mark Bundeshilfe für den Kanalbau Wismar-Schwerin zu bewilligen, wodurch eine Verbindung der Ostsee mit der Elbe hergestellt würde. Der Antrag wurde an eine Kommission verwiesen.

Schwerin i. Meckl., 9. Dez. Nach einer Meldung aus Cannes hütet der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin seit dem 2. Dezember das Bett. Am Freitag war das Befinden etwas besser. Zur Mittheilung der arbeitsmäßigen Beschwerden des Großherzogs wurde der Spezialarzt Dr. Brüggemann, Direktor der Kuranstalt Juelshaus-Baderborn, nach Cannes berufen.

Wien, 9. Dezbr. [Abgeordnetenhaus.] In der Generaldebatte über das Budget beklagte sich der jüngste Abgeordnete Stranitzky über die Bedrückung der böhmischen Nation und erklärte, wenn der Ministerpräsident ein treuer Rathgeber der Krone sein wolle, so könne er dem Kaiser zu dessen 50jährigen Regierungszubläum keine größere Freude bereiten, als durch Maßnahmen, welche das böhmische Volk staatsrechtlich befriedigten. Der konservative Abgeordnete Treuenfels sprach für das Budget und hob die Nothwendigkeit stärkeren religiösen Lebens hervor. Der Antilemit Schleisinger griff auf das beklagte die ungarische Regierung an und erhielt einen Ordnungsruf vom Präsidenten, welcher den rohen Ton bedauerte. Der deutsch-liberale Abgeordnete Demel bezeichnete die Bewilligung des Budgets als Staatsnothwendigkeit; die Bewilligung könne nur verweigert werden, wenn man der Regierung Mißtrauen entgegenbringe. Die Partei des Redners habe kein Mißtrauen gegen die Regierung und stimme für das Budget. Nachdem der Slovener Gregoric dagegen gesprochen und sich über die Zurücksetzung der slowenischen Sprache beklagt hatte, hob der Pole Milewski hervor, daß erfreulicherweise der Voranschlag zum achten Male mit Ueberschuß abschlebe, und besprach eine Reihe finanzieller Fragen. Hierauf wurde die Debatte abgebrochen. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Budapest, 9. Dez. [Abgeordnetenhaus.] Der Antrag der Nationalpartei, die von der Regierung infolge des Agrarvertrages getroffenen Maßnahmen für unkorrekt und unzulänglich zu erklären, wurde nach fünfjähriger extensiver Debatte mit überwiegender Majorität abgelehnt.

Budapest, 9. Dez. Eine gestern hier abgehaltene Arbeiterversammlung wurde wegen maßloser Angriffe auf die Regierung und das Parlament aufgelöst. Zwei Personen wurden verhaftet. — Eine zweite Arbeiterversammlung in Alt-Ofen wurde wegen einer unparthysischen, von dem Vorsitzenden nicht getragenen Aeußerung eines Führers der Sozialisten von dem Stadthauptmann ebenfalls aufgelöst.

Petersburg, 9. Dez. Wie der „Regierungsbote“ meldet, empfing der Kaiser gestern im Winterpalais die Deputation des preussischen Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments, die sich dem Kaiser in der neuen Feldausrüstung vorstellte. Die Deputation wohnte darauf der Parade der St. Georgs-Mitter im Winterpalais bei.

Baku, 9. Dez. Das Kriegsgesetz verurtheilte fünf Räuber zur Hinrichtung durch den Strang.

Paris, 10. Dez. Die Akademie der Wissenschaften ernannte den Alberto-Leprieux von 50 000 Fr. je zur Hälfte den Doktoren Behring und Roux für Diphtherieserum zu.

London, 9. Dez. Nach einer bei Lloyd's eingegangenen Depesche aus Voth brach auf dem Dampfer „Prinzessa“, von Schließ nach New-York unterwegs, 140 Meilen nördlich von Cap Breach Feuer aus. Der Dampfer feuerte darauf Jaroe zu, stieß auf einen Eisschelf und sank. 27 Personen von der Mannschaft sollen umgekommen sein; einer, Henry Anders aus Norfolk, wurde gerettet.

London, 9. Dez. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Beking von gestern gemeldet wird, dürfte mit dem Bau der Eisenbahn Beking-Tientsin der Engländer C. B. Kinder, Direktor der Transpazifischen, betraut werden.

Leipzig, 9. Dez. Die Schoonert'sche „Kenska“ aus Großenhain, Kapitän Lommelen, mit Brettern von Memel nach Wapenborg unterwegs, ist bei Bialzing (Westküste Jütlands)

gestrandet. Die aus 5 Mann bestehende Besatzung wurde mittels des Raketenapparates gerettet.

Lissabon, 9. Dez. Bei den gestrigen Municipalwahlen wurden die Regierungskandidaten in den meisten Gemeinden und fast allen Departementshauptstädten gewählt, so namentlich in Braga, Porto und Biscu. Die Wahlen sind in vollkommener Ruhe verlaufen.

Belgrad, 9. Dez. Der Kriegsminister Franassowitsch unterbreitete der Skupschina den Gesetzentwurf betreffend die Heeres-Organisation, zu dessen Vorberathung die Skupschina einen Sachverständigen-Ausschuß wählte. Die Stimmung der Skupschina ist für die Verstärkung der Heeresmacht günstig.

Gestern bei Gelegenheit der Hauspatron-Feyer beim Stadtpräsesen begrüßten sich Garaschanin und der Metropolit Michael herlich. Garaschanin küßte dem Metropolit die Hand, und letzterer küßte Garaschanin auf die Stirn, indem er ihn segnete. Dieses Ereigniß rief große Sensation in politischen Kreisen hervor.

Sofia, 9. Dez. Meldungen der Blätter zufolge hat der Präses des macedonischen Central-Komitees Tzvetkoff einen Kongreß aller Lokal-Komitees zum 3./15. d. nach Sofia einberufen.

New-York, 9. Dez. Der „New-York Herald“ meldet aus Washington, Staatssekretär Olney habe gestern eine mehrstündige Konferenz mit dem Gesandten von Venezuela, Andrade, gehabt. Wie verlautet, rathe die Regierung der Vereinigten Staaten Venezuela dringend, die Forderung Englands in versöhnlichem Geiste zu behandeln.

## Zur Lage in der Türkei.

Konstantinopel, 9. Dez. Vorgestern Nacht wurden in den mohamedanischen Quartieren zahlreiche Plakate vorgefunden, welche gegen das gegenwärtige Regierungssystem schwere Anklagen erhoben und zur Bereinigung der Ulema, Militärs und Beamten ohne Unterschied der Nationalität und der Religion, sowie zur Entsendung von Deputationen an die Gouverneure der Provinzen und an die Pforte aufforderten, um die Stimmung und die Wünsche der Osmanen kundzumachen. In den Plakaten wird ferner gesagt, daß keine Absicht bestehe, eine Revolte oder einen Aufstand ins Werk zu setzen und zwischen Mohamedanern und Christen einen Unterschied zu machen. Genußmengen des Despotismus seien unvermeidlich, wenn die Vereingung des Volkes mangelte. Die Soldaten seien keine Feinde und würden nicht auf ihre Brüder schließen. Die Freiheit werde nicht freiwillig verlassen, sie müsse verlangt werden. „Fordern wir“, heißt es in den Plakaten, „eine Versammlung unterrichteter, menschenfreundlicher gekannter Männer und die Berufung volksthümlicher, ehrbarer und fähiger Persönlichkeiten an die Spitze der Regierung.“ Die Proklamations schließt mit einer etwas dunkel gehaltenen Drohung für den Fall, daß die Forderung der Militärpartei des Landes an den Regierungsgeschäften im Interesse aller Osmanen ungehört bliebe. Die Plakate tragen die Unterschrift: „Das osmanische Komitee für Fortschritt und Einheit.“ — Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen; die in letzter Zeit üblichen militärischen und sonstigen Vorkehrungsmaßnahmen wurden erheblich verstärkt.

Konstantinopel, 10. Dez. Said Pascha ist Abends in seine Wohnung zurückgekehrt.

London, 9. Dez. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureau“ aus Konstantinopel vom gestrigen Tage hatten die Botschafter am 6. d. Mts. wiederum eine Zusammenkunft, in welcher die immer noch kritische Lage der Angelegenheit Said Paschas und die Frage der zweiten Stationschiffe berathen wurde. Sämtliche Botschafter erhielten neuerdings Anweisungen, auf der Forderung der zweiten Stationschiffe zu bestehen. Ein neuer Schritt der Botschafter in dieser Frage steht bevor. In der Angelegenheit Said Paschas hat sich nichts geändert. Da der Sultan die Erfolgslosigkeit seines Vorgehens einsah, hat er die Botschafter bei Said Pascha zu vermitteln; dieser Bitte entsprach der österreichisch-ungarische Botschafter im Namen seiner Kollegen. In Folge ihrer Besprechung am 5. d. Mts. üben die Botschafter aber keinen Druck auf Said Pascha wegen seiner Rückkehr aus, sondern lassen ihm volle Freiheit des Handelns.

Die telephonische Verbindung mit Berlin ist immer noch gestört.

## Rußlands Getreideexport.

Petersburg, 9. Dez.

In der Woche vom 1. Dezember bis 7. Dezember sind über die Hauptämter 9 885 000 Pud Getreide ausgeführt worden. Davon entfielen auf:

Tausende Woche.		Vorwoche.	
Weizen	4 322 000	Pud	4 853 000
Roggen	1 655 000		1 817 000
Gerste	1 863 000		2 196 000
Safer	832 000		1 435 000
Weizen	1 212 000		1 98 000

## Marktberichte.

Breslau, 9. Dezbr. [Privatbericht.] — Die mäßigen Angebots war die Stimmung ruhig und Preise sind unverändert geblieben.

Weizen ruhig, weißer per 100 Kilogramm 14,60 bis 14,90 M., gelber per 100 Kilo 14,50 bis 14,80 M., feinstes über Notiz. — Roggen ohne Aenderung, per 100 Kilogramm 11,30—11,50 bis 11,90 M., feinstes über Notiz. — Gerste wenig Umsatz, per 100 Kilogramm 10,00 bis 12,00 bis 13,50 bis 14,80 M., feinstes darüber. — Safer ruhig, per 100 Kilo 10,20—11,00—11,60—12,00 M., feinstes über Notiz. — Mais wenig Umsatz, alter per 100 Kilo 11,50—12,25 M., neuer per 100 Kilo 10,25—11,00 M. — Erbsen etwas besser beachtet, Kocherbsen per 100 Kilo 12,50—15,00 M., Biktoria per 100 Kilo 13,50—15,00 M., feinstes gefüllte wenig vorhanden, Futtererbsen per 100 Kilogramm 11,50—12,50 M. — Bohnen ruhig, per 100 Kilogramm 19,00 bis 20,00 bis 21,00 M. — Lupinen schwach angeboten, gelbe 9,25 bis 9,75 M., feinstes darüber, blaue 7,50—8,00 M. — Weizen wenig gefragt, per 100 Kilogramm 10,00—10,50—11,50 M. — Delsaaten schwer veräußert. — Schlagsaatsaat matt, per 100 Kilogramm 18,00 bis 16,00 bis 15,00 M., allerfeinstes darüber. — Wintertraps matt, per 100 Kilo 17,50—18,20—18,90 M. — Wintererbsen matt, per 100 Kilogramm 16,40 bis 17,10 bis 17,70 M. — Leinbotten schwer veräußert, per 100 Kilogramm 13,50—15,00 M. — Hanfsaat wenig Umsatz, per 100 Kilo 15,00—16,00 M. — Rapstuchen ruhig,

per 100 Kilogramm Schleische 9,25—9,50 M. — Leinbotten ruhig, per 100 Kilogramm Schleische 11,50 bis 11,70 M., fremder 11,25—11,75 M. — Palmfarnbotten ruhig, per 100 Kilo 8,25—8,75 M. — Kleefamen ruhig, rother per 50 Kilogramm 23—30—35—38 M., feinstes darüber, weißer per 50 Kilo 30—35—45—57 M. — Schwebel Kleefamen per 50 Kilo 20—25—35 M., in feinsten Qualitäten höher. — Gelbkleefamen per 50 Kilo 11—12—13 M. — Tannenke per 50 Kilo 22—25—32 M. — Tymothee per 50 Kilo 15—18—20—26 M. — Weizen ruhig, per 100 Kilo 11. Sad Brutto Weizenmehl 00 21,00—21,50 M. — Roggenmehl 00 17,75—18,25 M., Roggen-Hausbuden 17,50—17,75 M. — Roggenfuttermehl per 100 Kilo inländisches 8,10—8,60 M., ausländisches 7,80 bis 8,20 M. — Weizenkleie ziemlich fest, per 100 Kilo inländ. 8,00—8,20 M., ausländ. 7,60—8,00 M. — Speisefartoffeln per 2 Hter 8 10 Pf., per 50 Kilogramm 1,10—1,30 M. — Stärke schwacher Umsatz, per 100 Kilo inl. Sad. Preise bei 10 000 Kilogramm. — Kartoffelmehl und Kartoffelstärke per 100 Kilo 13—14,50 M. Preise bei 10 000 Kilogramm. — Senf 2,50—3,20 M.

Bromberg, 9. Dezember. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen gute gesunde Mittelwaare je nach Qualität 134—144 M., geringe Qualität unter Notiz. — Roggen je nach Qualität 106—112 M., geringe Qualität unter Notiz. Gerste nach Qualität 95—106 M., gute Braugerste 107—118 M. Erbsen Futterwaare 108—120 M., Kochwaare 120—130 M. Safer: alter nominal, neuer 105—115 M. Spiritus 70er 31 50 M.

Leipzig, 9. Dez. [Börsenbericht.] — Rohwollmarkt. Handel. La Plata. Grundmuster je per Dezbr. 3,17 1/2 M., per Januar 3,17 1/2 M., per Februar 3,2 M., per März 3,22 1/2 M., per April 3,25 M., per Mai 3,25 M., per Juni 3,27 1/2 M., per Juli 3,27 1/2 M., per August 3,30 M., per Septbr. 3,30 M., per Okt. 3,30 M., per Nov. 3,32 1/2 M. Behauptet.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1895.

Datum.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temper. i. d. Luft.
Stunde.	66 m Seehöhe.			Grad.
9. Nachm. 8.	759,4	W. schwach	halb bedekt	+ 2,9
9. Abends 9.	751,4	W. leicht	bedekt	+ 1,6
10. Morgs. 7.	746,0	W. schwach	bedekt	+ 0,9

<sup>1)</sup> Nachmittags Schnee (0,7 mm) <sup>2)</sup> Nachts und früh Regen und Schnee.  
Am 9. Dezbr. Wärme-Maximum + 3,2° C.  
Am 9. „ „ Wärme-Minimum + 0,5° „

## Wasserstand der Warthe.

Posen am 8. Dez.	Korzens	0,36 Meter
9. „	Mittags	0,44
10. „	Morgens	0,50

## Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

### Fonds-Berichte.

Berlin, 9. Dez. An der Börse herrschte heute hochgradige Geschäftstille, wobei fast auf keinem Gebiete Veränderungen vorfielen, die Bruchtheile eines Prozentes überstiegen. Ein Eingehen auf einzelne Gebiete erscheint daher überflüssig. Im Laufe des Verkehrs eröffneten die Kurse zunächst auf festem Stand; dann trat nach ganz geringer Abschwächung eine leichte Befestigung ein, die durch die mäßige Besserung einiger Rohlenaktien, besetzt der Hibernia, veranlaßt war. Von Bedeutung waren aber diese Bewegungen nicht. Dagegen muß auf den heutigen Kursrückgang der Rubelnoten besonders hingewiesen werden. Er war veranlaßt durch die aus Petersburg gemeldete Verkürzung in der Werthrelation; durch die jetzt beschlossene Erhöhung der Goldmünzenlage erlitt Papier eine Einbuße von ca. 2 M. In mehreren Fällen wollte man dieser Maßregel des russischen Finanzministers einen gewissen politischen Ton beilegen; doch kann dies natürlich nur als Voraussetzung des Einzelnen gelten, da positive Anhaltspunkte nach keiner Richtung gegeben sind. Ueberwiegend steht man denn auch bei der Maßregel für eine bloße rechnerische Maßnahme an. Von Wichtigkeit erscheint auch die weitere Steigerung des Privatdiskonts um 1/2 Proz., wodurch der Satz von 3 1/2 Proz. erreicht wurde. Die Börse schenkte diesem Moment heute allerdings wenig Beachtung. — Auf die spezielle Festigkeit der Hibernia-Aktien nochmals zurückzukommen, so waren für dieselbe, die in der Hauptsache nur auf Spekulationskäufen beruhte, ebensowohl Gerüchte von einer günstigen 1895er Dividende (man erwähnte ca. 7 1/2 Proz.), wie solche von einem befristenden Monatsausweis bestimmend. Positive Angaben waren nicht vorhanden. Die Stille des Geschäfts blieb im Uebrigen bis zum Schluß vorherrschend und auch die matten Pariser und trügen Londoner Kurse verloren unter der herrschenden Apathie jede Wirkung! (M. S.)

### Breslau, 9. Dez. (Schlußkurse.) Geschäftsklos.

Neue Proz. Reichsanleihe 99,50 3/4 Proz. 2. Planz. 100 30, Konj. Türl. 20,00, Türl. Loose 109,00, 4 Proz. ung. Goldrente 102,40, Bresl. Diskontobank 125,40 Breslauer Wechselbank 107 75, Kreditaktien 220,75 Schl. Bankverein 128,50 Donnerswerthhütte 144,35 Flöther Maschinenbau — Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 156,75 Obereschl. Eisenbahn 81,00, Obereschl. Portland-Bement 116,00, Schl. Cement 177,50, Oppeln. Cement 124,15, Kramsta 139,50 Schl. Zinkaktien 196,50, Laurahütte 148,60, Verein. Deutscher 89,00, Oesterreich. Banknoten 168 05, Russ. Banknoten 219,35, Schl. Cement 107,00, 4 Proz. Ungarische Kronenankleihe 98 25 Breslauer elektrische Straßenbahn 189 50, Caro Hegenfels Akt. 98 00, Deutsche Kleinbahnen —, Breslauer Spiritusfabrik 134 00, Leipziger Elektrische Straßenbahn 148,75.

### London, 9. Dez. (Schlußkurse.) Aufsch.

Engl. 2 1/2 Proz. Consols 106 1/2, Preuss. 4 Proz. Consols —, Italien. 5 Proz. Rente 87, Lombarden 9 40/100 1889 Russen II. Serie 100 1/2, lomb. Türl. 19 1/2, österr. Silber —, österr. Goldrente —, 4 Proz. ungar. Goldrente 101 1/2, Prozent. Spanier 85, 4 1/2 Proz. Egypter 99, 4 Proz. unifiz. Egypter 112, 3 1/2 Proz. Tribut-Anl. 93 1/2, 6 Proz. Mexikaner 92 1/2, Ottomankant 12 1/2, Canada Pacific 56 1/2, De Hees neue 26 1/2, Rio Tinto 16, 4 Proz. Rupees 59 1/2, 6 Proz. fund. arg. 75, 6 Proz. arg. Goldanleihe 70, 4 1/2 Proz. äng. do. 48, 8 Proz. Reichsanl. 97 1/2, Griech. 81, Anleihe 30, do. 87er Monopol-Anleihe 31, 4 Proz. Griechen 1889er 26, Bral. 89er Anl. 70, 6 Proz. Weikens de Wn. 76 1/2, Neue Mexikan. Anleihe von 1893 88 1/2, Plakdiskonto 1/8, Silber 30 1/2, Anatolier 88 1/2, Chinesen 107, 6 Proz. Chinesen (Charterd Bank-Anleihe) 108 1/2, 3 Proz. ung. Goldanl. —.

### Paris, 9. Dez. (Schlußkurse.) Ruhig.

3 Proz. amort. Rente 100 90, 4 Proz. Rente 101,70, Italien. 5 Proz. Rente 87,80, 4 Proz. ung. Goldrente 102,37 1/2, III. Egypter. Anleihe —, 4 Proz. Russen 1889 101,00, 4 Proz. unifiz. Egypter —, 4 Proz. span. Anl. 65 1/2, lomb. Türl. 19 55, Türl. Loose 101,80 4 Proz. Türl. Prioritäts-Obligationen 1890 455 00, Franzosen 775,00, Lombarden —, Banque Ottomane 562,00, Banque de Paris 772,00, Banca d'Escompte —, Rio Tinto-A. 405,00, Suezkanal-A. 3215 00, Cred. Lyonn. 765,00, B. de France



Truch und Verlag der Hochschbruderei von W. Feder u. Co. in Wien